MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 05/0180
402 - Abt. Kinderbetreuung und Jugendarbeit			Datum: 19.05.2005
Bearb.	: Martin Schröder	Tel.: 115	öffentlich
Az.	:		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für junge Menschen

01.06.2005

Sozialstaffel

- Anpassung an die geänderte Gesetzeslage -

Sachverhalt:

Der Kreis Segeberg hat gemäß Beschluss des Kreistages vom 07.04.2005 rückwirkend zum 01.01.2005 neue Richtlinien zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen erlassen. Dieses wurde erforderlich, da das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) durch die sogenannten „Hartz IV“-Gesetze SGB II und SGB XII zum 01.01.2005 abgelöst wurde.

Gemäß einer Vereinbarung zwischen der Stadt Norderstedt und dem Kreis Segeberg, die seit dem 01.08.1999 gilt, hat die Stadt Norderstedt als Grundlage für die vom Kreis zu leistenden Erstattungen die Einkommensüberprüfung nach den jeweils gültigen Kreisrichtlinien durchzuführen, kann aber eine eigene von den Kreisrichtlinien abweichende Ermäßigungsstaffelung, die Norderstedter Eltern günstiger stellt, festlegen.

Das bedeutet, dass auch eine Anpassung der städtischen Einkommensermittlung an die neuen Kreisrichtlinien rückwirkend ab 01.01.2005 erfolgen muss.

Da das Ermäßigungsverfahren in der Kita-Satzung geregelt ist und ein Satzungsänderungsverfahren so kurzfristig nicht möglich ist, werden folgende Übergangsregelungen verwaltungsseitig festgelegt.

Für den Zeitraum 01.01.2005 bis 31.07.2005 erfolgt die Berechnung nach den bisherigen Richtlinien nach BSHG. Dieses hat vor allen Dingen den Vorteil, dass alle Eltern im Kindergartenjahr 2004/2005 gleich behandelt werden und nicht nach unterschiedlichen Richtlinien berechnet werden. Bei einer rückwirkenden Anwendung der Kreisrichtlinien ab 01.01.2005 müssten alle ab 01.01.2005 festgesetzten Ermäßigungen, die bestandskräftig geworden sind, aufgehoben werden. Aufgrund des Bestandsschutzes und des schutzwürdigen Vertrauens der Eltern, sowie um unangemessenen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, wird hierauf verzichtet. Die vorhandenen Bescheide bleiben somit bestehen. Eine Umrechnung auf die seit 01.01.2005 gültigen Richtlinien erfolgt nur verwaltungsintern und hat lediglich Auswirkungen auf das Abrechnungsverhältnis mit dem Kreis Segeberg. Damit alle bisherigen Sozialhilfeempfänger auch weiterhin eine Ermäßigung in Höhe von 100% erhalten, werden alle ALG II-Empfänger wie die bisherigen Sozialhilfeempfänger behandelt.

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

Ab dem 01.08.2005 werden die neuen Kreisrichtlinien in modifizierter Form angewendet, d.h. die Einkommensüberprüfung wird analog durchgeführt, doch die bisherige Stadtstaffelung und die eigenen Miethöchstgrenzen bleiben erhalten. Alle ALG II-Empfänger erhalten ebenfalls eine Ermäßigung in Höhe von 100%, um weiterhin alle bisherigen Sozialhilfeempfänger auf dem gleichen Ermäßigungsniveau zu halten. Dadurch gilt in Norderstedt weiterhin eine günstigere Stadtstaffelung mit Aufwendungen in wahrscheinlich etwa gleicher Höhe.

Sollte sich bei den Ermäßigungsberechnungen heraus stellen, dass Eltern nach dem neuen Verfahren eine geringere Ermäßigung als bisher erhalten, so werden diese Fälle in Abwägung zur Gesamtheit aller Fälle gesondert entschieden. Ggf. wird dann eine weitere Anpassung vorgenommen.

Die Übernahme der Einkommensermittlung nach den neuen Kreisrichtlinien hat aus kundenfreundlicher und verwaltungstechnischer Hinsicht viele Vorteile. Man muss nicht zwei Berechnungen nach unterschiedlichen Berechnungsmodellen durchführen, was

1. den Verwaltungsaufwand deutlich reduziert und
2. von den Eltern nicht zusätzliche Nachweise fordert, damit von der Stadt eine Abrechnung mit dem Kreis erfolgen kann.

Ein weiterer großer Vorteil ist, dass man aufgrund der im Sommer 2005 durchzuführenden Berechnungen für eine evtl. Neugestaltung, Änderung oder weiteren Anpassung der Sozialstaffel auf tatsächliche Erfahrungswerte und Zahlen, die zusätzlich mit dem Kreisgebiet vergleichbar sind, zurück greifen kann.

Die dargestellte Vorgehensweise ist als Übergangsregelung zu verstehen. Im Rahmen der vorliegenden Prüfungsaufträge zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades der Kindergartengebühr wird möglicherweise ein Satzungsänderungsverfahren erforderlich. In diesem Verfahren ist auch § 10 der Satzung hinsichtlich der genannten gesetzlichen Grundlagen (SGB II u. SGB XII statt BSHG) und hinsichtlich der aus den Richtlinien des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel (in der Fassung von 1999) entlehnten Formulierungen textlich wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Dabei können auch Überlegungen verfolgt werden, wie durch den Einsatz anderer Regelungsformen künftig mehr Beweglichkeit bei kurzfristigen Änderungen erreicht werden kann. Inwieweit auch inhaltliche Änderungen zur Stadtsozialstaffel gewollt sind, wird im Rahmen der o.g. Prüfungsaufträge ebenfalls zu entscheiden sein.